

Übersetzung des am 4. Juli 2012 in der rumänischen Zeitung *adevarul* veröffentlichten Interviews des deutschen Europa-Abgeordneten Markus Ferber

< http://www.adevarul.ro/adevarul_europa/Romania-amenintata_cu_suspendarea_din_UE_0_730727332.html >

Rumänien droht die Suspendierung in der Europäischen Union

Der Leiter der deutschen christ-demokratischen Europa-Abgeordneten plant, im Europarat ein Suspendierungsverfahren gegen Rumänien wegen des „Fehlens von Minimalstandards für das Funktionieren eines Rechtsstaates“ einzubringen.

Der Europa-Abgeordnete Markus Ferber, Vorsitzender der deutschen CDU/CSU-Delegation im Europäischen Parlament, ein guter Kenner der politischen Szene in Rumänien, hat in einem Exklusivinterview mit „*Adevarul Europa*“ erklärt, dass er Maßnahmen in die Wege zu leiten beabsichtigt im Hinblick auf eine noch nie dagewesene Sanktion gegen Rumänien wegen drohender Gefahren für den Rechtsstaat. „Wir sind in Bezug auf die Lage in Rumänien äußerst besorgt. Was sich dort abspielt, steht im Widerspruch zum Geist und zu den Prinzipien der Europäischen Union. Ich werde mich mit der Europäischen Kommission und den Europäischen Institutionen in Verbindung setzen, damit alle notwendigen Schritte unternommen werden im Hinblick auf die Suspendierung der Stimmen Rumäniens im Europarat wegen der fehlenden Sicherheit der Einhaltung von Minimalstandards für das Funktionieren des Rechtsstaats“ erklärte Ferber.

Der Schengen-Beitritt, in Gefahr

Gemäß dem deutschen Europa-Abgeordneten wird das Verfahren nicht ganz einfach sein, weil dazu eine Abstimmung im Europäischen Parlament erforderlich ist. Ferber zeigt sich enttäuscht über die Haltung der Sozialisten und der Liberalen, die eine Plenumsdebatte in Straßburg zur Thematisierung der Lage in Rumänien verweigert haben. Auf die Frage, ob unter diesen Umständen das Monitoring der Europäischen Kommission hinsichtlich des rumänischen Justizwesens fortgeführt werden müsse, antwortete der deutsche Europa-Abgeordnete: „Unbedingt, auf jeden Fall. Es ist unumgänglich, dass eine Kontrolle fortgesetzt wird“; dabei bezog er sich insbesondere auf das Nichtrespektieren der Entscheidungen des Verfassungsgerichtes.

„In Deutschland ist das Nichtrespektieren einer Entscheidung des Verfassungsgerichtes etwas Unvorstellbares. Wie kann so etwas geschehen? Das ist einfach unmöglich!“ betonte der deutsche Europa-Abgeordnete. Deutschland war eines der Länder, das die Bemühungen Rumäniens um einen Beitritt zum Schengen-Abkommen unterstützt hat, aber Ferbers Meinung nach stehe hinter diesem Vorhaben ein großes Fragezeichen. Und er fügte hinzu „Es bestehen ernste Besorgnisse in Deutschland“. Der Entzug des Stimmrechtes im Europa-Rat kann durch die Europäische Kommission mit einer Stellungnahme des Parlaments eingeleitet werden, aber ebenfalls per Abstimmung durch die Parlamentarier oder auf Initiative mehrerer Mitgliedsstaaten.

Empörung auch bei den Sozialisten

Wenn sie sich bis gestern auf die Seite der Regierung Ponta gestellt haben, so fangen nunmehr auch die europäischen Sozialisten ihrerseits an, die Lage in Rumänien zu kritisieren. Susanne Kastner, die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, hat gegenüber der Deutschen Welle erklärt: „Die Unabhängigkeit der Justiz muss gewährleistet bleiben. Die USL wird gut daran tun, diese Regeln einzuhalten, weil jede Abweichung einen Schritt in die falsche Richtung bedeutet. Ein anderer deutscher Parlamentarier, Günther Krichbaum, erklärte: „Die momentane Lage übertrifft, unter negativen Gesichtspunkten, alles was sich bis jetzt in Ungarn abgespielt hat“.

Wer ist Markus Ferber

Markus Ferber, Mitglied der CSU-CDU (der politischen Koalition der deutschen Kanzlerin Angela Merkel), die zur Fraktion der Europäischen Volkspartei gehört, ist Mitvorsitzender der deutschen Delegation im Europäischen Parlament. Seit 18 Jahren ist er Europarlamentarier, war einbezogen in den Beitrittsprozess Rumäniens in die EU und hat wegen des Ausbleibens von Ergebnissen im Kampf gegen die Korruption in Rumänien sehr entschiedene Standpunkte vertreten. Genau vor vier Jahren, am 3. Juli 2008, warnte der Europa-Abgeordnete in einem Interview für die *Deutsche Welle*, dass wegen der politischen Entwicklung zu diesem Zeitpunkt, – die Amtsenthebung von Monica Macovei und der vorangehende Versuch der Suspendierung des rumänischen Staatspräsidenten –, die europäischen Fondsmittel blockiert werden könnten.

„Vor dem Beitritt hat Rumänien durch die Stimme der Regierung, des Parlamentes, des Präsidenten und aller in die Beitrittsverhandlungen eingebundenen Verantwortlichen die nachdrückliche Verpflichtung übernommen, Reformen durchzuführen. Viele vor dem EU-Beitritt gemachten Zusagen wurden nicht eingehalten. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Missstand bei der Inanspruchnahme von Mitteln für die Landwirtschaft und für Strukturmaßnahmen. Aber woran es vordringlich und wirklich in Rumänien mangelt, ist der Kampf gegen die Korruption. Die Kommission wird den Europarat nicht ersuchen, die vorgesehenen Schutzmechanismen zu organisieren, sondern Rumänien eine eindeutige Botschaft übersenden. Ich hoffe sehr, dass die rumänische Regierung diese Botschaft versteht, insbesondere wenn sie sich die Lage in Bulgarien vergegenwärtigt, wo die Kommission einen erheblichen Teil der europäischen Fondsmittel aufgehoben hat. Andernfalls wird Rumänien künftig zu einem Land unter Beobachtung des Europarates werden“, fügte Ferber ergänzend hinzu.

Welche Sanktionen können gegen Rumänien verhängt werden?

Nach einer ganzen Reihe von Angriffen und umstrittenen Entscheidungen, die gegen die Justizeinrichtungen gerichtet waren, wird Rumänien einen kritischen Bericht zum Justizwesen zu gewärtigen haben, in dem insbesondere auf das Fehlen von Verantwortlichkeit und politischem Willen, die Justiz zu respektieren, hingewiesen wird. Eines der Vorhaben Rumäniens war es, nach fünfjährigem Monitoring des Justizwesens trotz seines Status als mit allen Rechten ausgestatteten EU-Mitgliedes, dass dieses Kooperations- und Verifikationsverfahren, durch welches die Europäische Kommission Schritt um Schritt die institutionellen Entwicklungen in den reformbedürftigen Bereichen des Justizwesens und der Korruptionsbekämpfung verfolgte, aufgehoben werden würde. Der Fortschritts- und / oder Mängelbericht soll in höchstens zwei Wochen fertig gestellt sein.

Der rumänische Staat kann bestraft werden

Die Fortsetzung des Vorhabens der USL mit Maßnahmen, die auf die Amtsenthebungen von Vasile Blaga und Roberta Anastase folgten und die Einmischungen bezüglich des Verfassungsgerichtes werden für Brüssel ein besonders schwerwiegendes Signal bedeutet haben. Die Dienststellen des europäischen Justizkommissars waren bereits darauf vorbereitet, dass – für den Fall, diese Veränderungen würden tatsächlich erfolgen – man auf dem schnellsten Wege eine Überprüfung der Gesetzestexte und ihrer Kompatibilität mit europäischen Rechtsvorschriften vornehmen werde. Im Falle der Verletzung europäischer Regeln, wenn es um die Unabhängigkeit der Justiz geht, bemüht sich die Kommission in der Regel, beschleunigt ein Regelverletzungsverfahren in Gang zu setzen. Dieser Mechanismus bedeutet, dass der betreffende Mitgliedstaat maximal zwei Monate Zeit hat, um durch die notwendigen Änderungen die Übereinstimmung mit den europäischen Gesetzen herzustellen.

Widrigenfalls werde beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen ihn eingereicht. Diese europäische Instanz kann riesige Geldstrafen gegen die Mitgliedstaaten verhängen und sie verpflichten, den Regelungen und Vorschriften der EU nachzukommen. Die Rettung Rumäniens ist einstweilen seine stabile Wirtschaft. Die demokratischen Verwerfungen in Ungarn, verbunden mit unzureichenden Maßnahmen zur Erfüllung der von Brüssel aufgestellten Budget-Ziele, haben zu noch nie dagewesenen Schritten gegenüber Budapest geführt. Die Kommission hat angekündigt, dass es wegen der übermäßig hohen Staatsverschuldung für 2013 keine Mittel aus dem Europafonds erhalten werde. In dieser Hinsicht befindet sich Rumänien nicht in einer vergleichbaren Situation. Jedoch läuft es Gefahr, für dieses Jahr wegen Unregelmäßigkeiten im Verfahren staatlicher Erwerbungen und beim Management die Unterstützungsmittel für fünf Entwicklungsprogramme einzubüßen – was praktisch über 90% der ihm zustehenden nichtrückzahlbaren Finanzmittel entspricht.

Der Botschafter der USA zeigt sich besorgt

Nachdem er an diesem Dienstag angesichts der Lage in Rumänien seine Besorgnis geäußert hatte, gab der Botschafter der USA, Mark Giltenstein, nach seiner Rückkehr gestern neue Erklärungen ab. Der amerikanische Botschafter stellte klar, dass die Situation hinsichtlich des Eilerlasses bezüglich der Gesetzesänderung zur Funktionsweise des Verfassungsgerichtes dringendst einer Klärung bedürfe. „Ich glaube, es wäre gut zu wissen, ob dieser Eilerlass verfassungskonform ist oder nicht. Ich kenne mich da nicht aus, ich bin kein Experte im rumänischen Verfassungsrecht, aber dieses Problem muss dringend geklärt werden“.

Giltenstein bezog sich auch auf die Absicht der USL, den Staatspräsidenten Traian Basescu des Amtes zu entheben. „Da die Amtsenthebung in einer Art und Weise geschieht, die manipulatorisch oder gegen die Verfassung zu verstoßen scheint, wird dieser Vorgang eine sehr ernsthafte Rückwirkung auf die Vorstellung in der ganzen Welt darüber haben, wie in Rumänien Gesetze angewendet werden“ führte der Botschafter der USA weiter aus.